

POLICY BRIEF

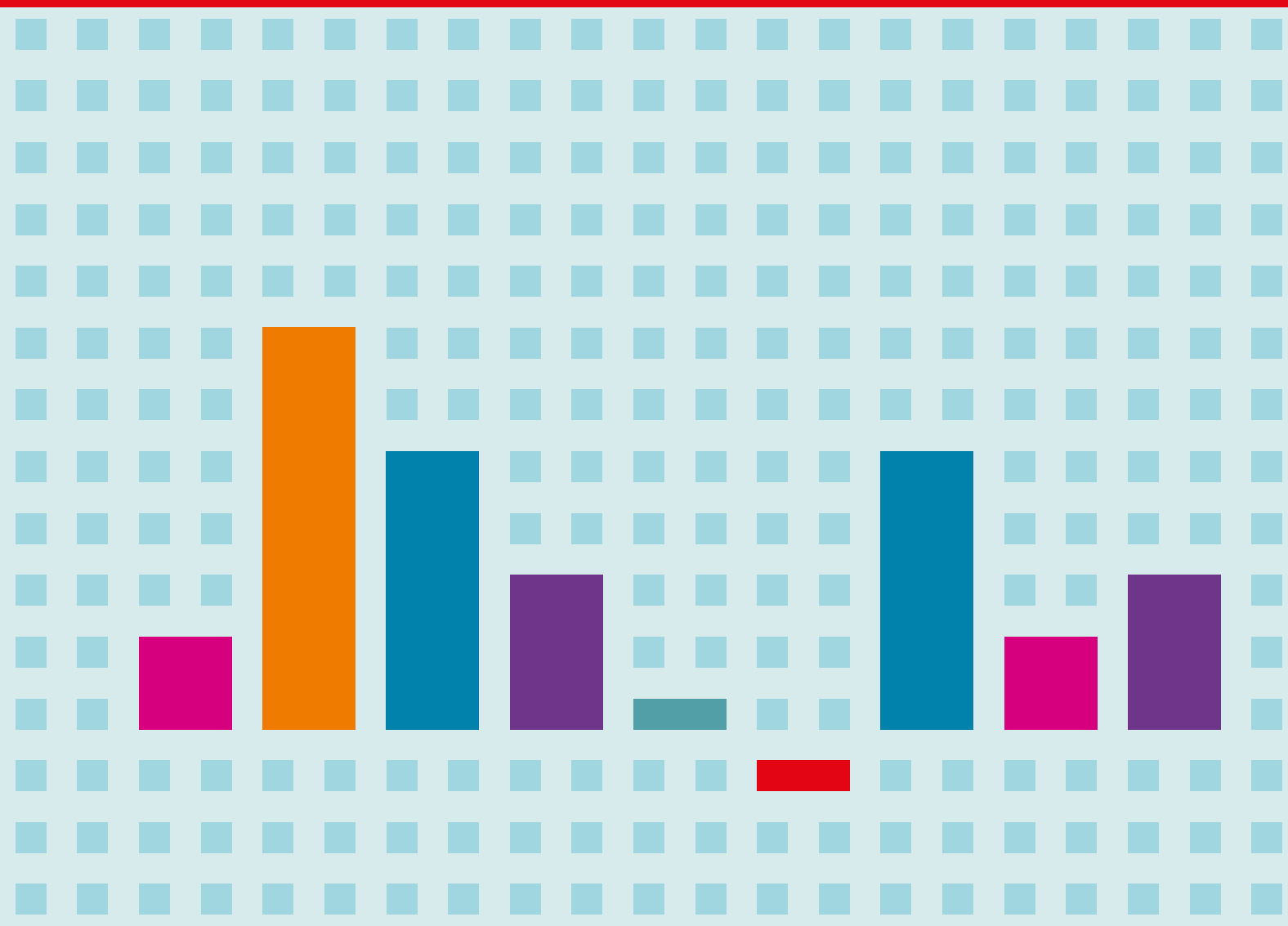
IMK Policy Brief Nr. 213 · April 2026

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

TROTZ SONDERVERMÖGEN: DEUTSCHLANDS BEVÖLKERUNG WÜNSCHT MASSIVE ERHÖHUNG ÖFFENTLICHER INVESTITIONEN

Erkenntnisse aus einer Online-Befragung

Jan Behringer, Sebastian Dullien



TROTZ SONDERVERMÖGEN: DEUTSCHLANDS BEVÖLKERUNG WÜNSCHT MASSIVE ERHÖHUNG ÖFFENTLICHER INVESTITIONEN

Erkenntnisse aus einer Online-Befragung

Jan Behringer¹, Sebastian Dullien²

Zusammenfassung

Öffentliche Investitionen und ihre Finanzierung stehen seit Jahren im Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Debatten in Deutschland. Anhand einer aktuellen Online-Umfrage wird in diesem Policy Brief gezeigt, dass sich die große Mehrheit der Bevölkerung mehr Investitionen in allen zentralen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur wünscht. Gegenüber den Ergebnissen einer vergleichbaren Umfrage unmittelbar nach der Bundestagswahl 2021 zeigt sich zudem, dass der Wunsch nach zusätzlichen Investitionen in vielen Bereichen sogar zugenommen hat. Lediglich beim Klima- und Umweltschutz sowie beim Mobilnetz und Internet ist der Anteil der Menschen, die sich für Mehrinvestitionen aussprechen, seit 2021 zurückgegangen. Hinsichtlich der Finanzierung zeigen die Ergebnisse, dass eine Kreditaufnahme für zusätzliche Investitionen in der Bevölkerung mehrheitlich akzeptiert wird. Diese Position findet bei den Anhängerschaften aller Parteien sogar eine absolute Mehrheit – mit Ausnahme der AfD, bei deren Anhängerschaft aber immer noch eine relative Mehrheit einer Kreditaufnahme grundsätzlich zustimmt. Darüber hinaus besteht bei vielen Menschen allerdings der Wunsch, primär durch Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten finanzielle Spielräume für zusätzliche Investitionen zu schaffen.

¹ Referatsleitung Makroökonomie der Einkommensverteilung, Jan-Behringer@boeckler.de

² Wissenschaftlicher Direktor, Sebastian-Dullien@boeckler.de

Einleitung

Die Frage nach dem Umfang und der Finanzierung öffentlicher Investitionen zählt seit Jahren zu den zentralen wirtschaftspolitischen Kontroversen in Deutschland. Wiederholt wurde auf eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem ermittelten öffentlichen Investitionsbedarf und der tatsächlichen Investitionstätigkeit in Deutschland hingewiesen. So schätzten Bardt et al. (2019), dass der deutsche Staat seine Investitionsausgaben über die kommenden zehn Jahre um rund 460 Mrd. Euro ausweiten müsste, um bestehende Bedarfe abzudecken. Neuere Berechnungen beziffern den erforderlichen zusätzlichen Investitionsbedarf infolge gestiegener Preise und fortbestehender infrastruktureller Defizite sogar auf rund 600 Mrd. Euro (Dullien et al. 2024). Auch andere Studien bestätigten grundsätzlich diese Größenordnung (BDI 2024; Heilmann et al. 2024).

Parallel dazu dokumentieren Umfragen eine breite Unterstützung in der Bevölkerung für höhere öffentliche Investitionen. Bereits im Jahr 2021 sprach sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in allen zentralen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur für eine Ausweitung der Investitionen aus (Behringer, Dullien und Paetz 2021). Vor diesem Hintergrund wurde wiederholt gefordert, den finanzpolitischen Rahmen so zu erweitern, dass zusätzliche kreditfinanzierte öffentliche Investitionen jenseits der damaligen Regelungen der Schuldenbremse ermöglicht werden (Bardt et al. 2019; Dullien et al. 2024).

Nach der Bundestagswahl 2025 wurde diese Forderung politisch umgesetzt. Mit der im März 2025 beschlossenen Reform der Schuldenbremse wurde die Grundlage für ein „Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität“ geschaffen, das im Sommer 2025 eingerichtet wurde. Dieses Sondervermögen ermöglicht die Aufnahme zusätzlicher Kredite in Höhe von 500 Mrd. Euro über einen Zeitraum von zwölf Jahren, die für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und für Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität eingesetzt werden sollen.

Bereits wenige Monate nach Einrichtung des Sondervermögens entstand jedoch eine intensive Diskussion darüber, in welchem Umfang die bereitgestellten Mittel tatsächlich in zusätzliche Investitionen fließen oder ob sie indirekt auch für konsumtive Ausgaben oder Steuersenkungen verwendet werden (Deutsche Bundesbank 2024; Hentze 2025; Bauermann et al. 2026). In diesem Zusammenhang wurde mitunter auch das Konzept einer Ausweitung der staatlichen Kreditaufnahme zur Finanzierung zusätzlicher öffentlicher Investitionen in Frage gestellt (Balzter und Kremer 2025).

Der vorliegende Policy Brief analysiert, inwieweit sich die Bevölkerung in Deutschland eine Veränderung der öffentlichen Investitionen in unterschiedlichen Bereichen wünscht. Außerdem werden die Präferenzen der Menschen hinsichtlich der Finanzierung zusätzlicher Investitionen untersucht. Als Datengrundlage dient eine repräsentative Online-Umfrage unter der Bevölkerung in Deutschland vom Oktober/November 2025. Soweit möglich, werden die Ergebnisse einer vergleichbaren Umfrage gegenübergestellt, die im September/Okttober 2021 unmittelbar nach der damaligen Bundestagswahl durchgeführt wurde (Behringer, Dullien und Paetz 2021).

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung eine Ausweitung der Investitionen in allen zentralen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur wünscht. Verglichen mit 2021 hat der Wunsch nach zusätzlichen Investitionen in vielen Bereichen sogar zugenommen, insbesondere bei Straßen, Brücken und Autobahnen, öffentlicher Sicherheit sowie Bahnverbindungen und öffentlichem Nahverkehr. Merklich abgenommen hat dieser Wunsch hingegen lediglich in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie Mobilnetz und Internet. Hinsichtlich der

Finanzierung zusätzlicher Investitionen präferieren viele Menschen zwar primär eine Überprüfung anderer staatlicher Ausgaben. Gleichzeitig unterstreichen die Ergebnisse jedoch, dass Kredite als Finanzierungsform öffentlicher Investitionen in der Bevölkerung mehrheitlich akzeptiert werden.

Umfrage zu Einstellungen zu öffentlichen Investitionen

Die Daten für diesen Policy Brief wurden im Rahmen einer repräsentativen Befragung von Personen im Alter von 18 bis 75 Jahren in Deutschland erhoben, die im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) durchgeführt wurde. Dazu wurden im Zeitraum vom 2. Oktober bis 2. November 2025 rund 7.000 Personen befragt. Die Befragung wurde als computergestützte Online-Befragung (Computer Assisted Web Interviewing, CAWI) umgesetzt. Die Stichprobe wurde aus einem Online-Access-Panel gezogen und nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Haushaltseinkommen quotiert. Das bedeutet, dass eine Stichprobe erhoben wurde, die die Bevölkerung Deutschlands entsprechend dieser Merkmale adäquat abbildet. Die Quotenvorgaben basieren auf dem bevölkerungsrepräsentativen Mikrozensus 2022 des Statistischen Bundesamtes.

Die Analyse im vorliegenden Policy Brief verwendet eine Teilstichprobe von rund 2.700 Beobachtungen. Dabei handelt es sich um den Teil der Befragten, der Angaben zu Investitionswünschen in verschiedenen Kategorien und Finanzierungspräferenzen gemacht hat. Der Abgleich der Daten mit dem Mikrozensus zeigt geringe Verzerrungen in Bezug auf die Quotenvorgaben. Um sicherzustellen, dass die Ergebnisse die Grundgesamtheit möglichst genau abbilden, wurde die finale Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Region und Haushaltseinkommen gewichtet.

Darüber hinaus kann die Stichprobe in nicht direkt kontrollierten Charakteristiken von der Gesamtpopulation abweichen, da die Teilnahme an Umfragen im Rahmen eines Online-Access Panels einen Internetzugang sowie die selbstständige Registrierung erfordert. In der Literatur werden mögliche Verzerrungen insbesondere in Bezug auf Einkommen, Bildung, Alter und politische Einstellungen intensiv diskutiert (Baker et al. 2010; Callegaro et al. 2014; Cornesse et al. 2020). Verzerrungen der Stichprobe hinsichtlich der politischen Präferenzen der Befragten könnten sich auch in den spezifischen Investitionswünschen und Finanzierungspräferenzen widerspiegeln. Ein Vergleich der abgefragten Parteineigung mit der zum Befragungszeitraum aktuellen Sonntagsfrage zeigt lediglich geringe Abweichungen, die durch die Gewichtung der Stichprobe korrigiert werden.

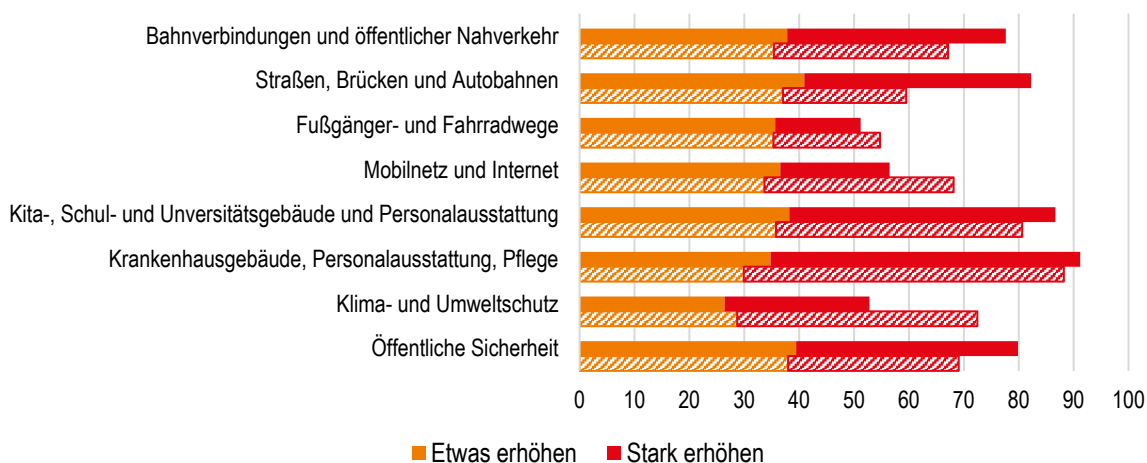
Ein weiterer Kritikpunkt an Online-Befragungen ist, dass monetäre Anreize für die Teilnahme an Umfragen mit einem erhöhten Risiko oberflächlicher oder unaufmerksamer Antworten einhergehen (Callegaro et al. 2014). Zur Sicherung der Datenqualität wurden deshalb Aufmerksamkeitstests implementiert, die bei Falschbeantwortung zum Ausschluss aus der Umfrage führten. Darüber hinaus wurden Befragungsdaten von Teilnehmenden, die durch sehr kurze Bearbeitungszeiten auffielen, in der Analyse nicht berücksichtigt.

Investitionswünsche

In der Umfrage wurden die Teilnehmenden danach gefragt, inwieweit der deutsche Staat seine öffentlichen Investitionen in verschiedenen Kategorien verändern sollte. Die Antwort konnte auf einer fünfstufigen, symmetrisch angelegten Skala gegeben werden, die von „Stark verringern“ bis „Stark erhöhen“ reichte, sodass sowohl Präferenzen für eine Verringerung als auch eine Erhöhung öffentlicher Investitionen erfasst werden konnten. Die abgefragten Kategorien wurden so gewählt, dass sie im unmittelbaren Lebensumfeld der Befragten verankert sind. Damit sollte sichergestellt werden, dass die Befragten über hinreichende Alltagserfahrungen verfügen und ihre Präferenzen auf einer informierten Grundlage äußern können. Entsprechend konzentriert sich die Auswahl auf Infrastrukturbereiche des alltäglichen Erfahrungshorizonts der Menschen (z.B. Bildung, Verkehr, Gesundheit). Infrastrukturbereiche, mit denen die Menschen typischerweise nur indirekt oder selten in Kontakt kommen (z.B. Wasserstoffinfrastruktur oder Wasserstraßen) wurden hingegen nicht einbezogen.

Abbildung 1: Investitionswünsche nach Kategorien, 2025 und 2021

Angaben in %, Angaben für 2021 schraffiert



Quellen: Online-Befragung des IMK, Behringer et al. (2021), Berechnungen des IMK.



Die Umfrageergebnisse verdeutlichen, dass die Menschen in Deutschland in praktisch allen zentralen Bereichen eine Ausweitung öffentlicher Investitionen wünschen, wenn auch mit unterschiedlich großen Mehrheiten (siehe Abbildung 1).³ Am deutlichsten ausgeprägt ist der Wunsch nach zusätzlichen staatlichen Ausgaben im Bereich Gesundheitswesen und Pflege. Rund 91 Prozent der Befragten gaben an, dass der Staat seine Ausgaben hier etwas oder stark erhöhen solle. Auch in anderen Bereichen bestehen jeweils große Mehrheiten für eine Ausweitung öffentlicher Investitionen. Rund 87 Prozent der Befragten äußerten den Wunsch nach Mehrinvestitionen im Bereich Bildung, rund 82 Prozent für Straßen, Brücken und Autobahnen, rund 80 Prozent für die

³ In der Umfrage 2025 wurden auch Investitionswünsche im Bereich öffentlicher Wohnungsbau abgefragt. Rund 78 Prozent der Befragten wünschen sich eine Ausweitung öffentlicher Investitionen in diesem Bereich. Die Ergebnisse werden in Abbildung 1 nicht angezeigt, da kein Vergleich mit der Umfrage 2021 möglich ist.

öffentliche Sicherheit sowie rund 78 Prozent für Bahnverbindungen und den öffentlichen Nahverkehr. Vergleichsweise geringer fällt der Wunsch nach zusätzlichen Investitionen hingegen in den Bereichen Mobilnetz und Internet mit rund 56 Prozent, Klima- und Umweltschutz mit rund 53 Prozent, sowie Fußgänger- und Fahrradwege mit rund 51 Prozent aus.

Verglichen mit 2021 zeigen sich teilweise deutliche Veränderungen in den Präferenzen der Bevölkerung.⁴ So ist der Anteil der Befragten, die sich eine Ausweitung öffentlicher Investitionen wünschen, in den meisten Bereichen gestiegen. Besonders deutlich fällt der Zuwachs im Bereich Straßen, Brücken und Autobahnen aus. Hier liegt der Anteil der Befragten, die höhere Investitionen wünschen, um rund 23 Prozentpunkte höher als 2021. Auch im Bereich der öffentlichen Sicherheit (+11 Prozentpunkte) sowie bei Bahnverbindungen und öffentlichem Nahverkehr (+11 Prozentpunkte) hat der Wunsch nach höheren öffentlichen Investitionen spürbar zugenommen. Weitere Zuwächse zeigen sich in den Bereichen Bildung (+6 Prozentpunkte) sowie Gesundheitswesen und Pflege (+3 Prozentpunkte).

Demgegenüber hat der Wunsch nach einer Investitionserhöhung in einzelnen Bereichen abgenommen. Im Bereich Klima- und Umweltschutz ist der Anteil der Befragten, die sich eine Ausweitung öffentlicher Investitionen wünschen, um rund 20 Prozentpunkte gesunken. Beim Mobilnetz und Internet hat der Anteil um rund 12 Prozentpunkte abgenommen und bei Fußgänger- und Fahrradwegen um rund 4 Prozentpunkte.

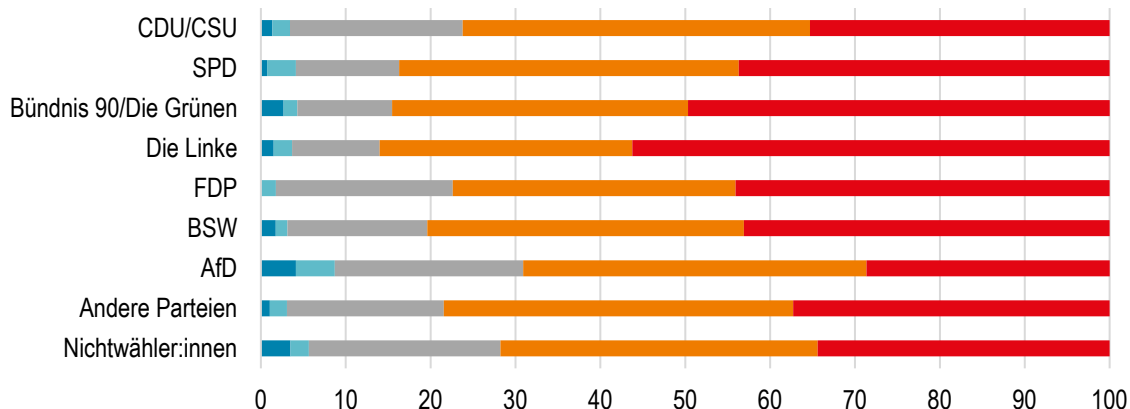
Der Befund gestiegener Investitionswünsche in Bereichen wie Bahn und Straße passt zu der Beobachtung, dass sich die Lage bei der öffentlichen Infrastruktur in den vergangenen fünf Jahren weiter verschärft hat. Nach Schätzungen von Bardt et al. (2019) und Dullien et al. (2024) ist der zusätzliche öffentliche Investitionsbedarf in diesem Zeitraum von 460 Mrd. Euro auf 600 Mrd. Euro gestiegen. Der Anstieg ist zum einen auf erhöhte Baukosten zurückzuführen, zum anderen spiegelt er jedoch auch einen gewachsenen realen Investitionsbedarf wider. Hinweise auf eine weitere Verschlechterung des Zustands der öffentlichen Infrastruktur ergeben sich zudem aus der demografischen Entwicklung sowie aus qualitativen Indikatoren. Während die Bevölkerungszahl im betrachteten Zeitraum gestiegen ist, weisen einschlägige Indikatoren auf eine Verschlechterung der Infrastrukturqualität hin. So hat der Sanierungsbedarf bei Autobahnen, Brücken und Schienen – ausgehend von einem bereits hohen Niveau – weiter zugenommen (Bundesministerium für Digitales und Verkehr 2024; DB InfraGO AG 2024).

Analysiert man die Investitionswünsche nach der Parteipräferenz, so lässt sich festhalten, dass bei den meisten abgefragten Kategorien die Anhänger:innen aller Parteien mehrheitlich eine Ausweitung der Investitionen wünschen (siehe Abbildung 2). Allerdings unterscheidet sich das Ausmaß über die Anhängerschaften hinweg teilweise erheblich. Besonders auffällig sind die Unterschiede dabei in den folgenden Bereichen: Bahnverbindungen und öffentlicher Nahverkehr; Straßen, Brücken und Autobahnen; Fußgänger- und Fahrradwege; Klima- und Umweltschutz; Öffentliche Sicherheit.

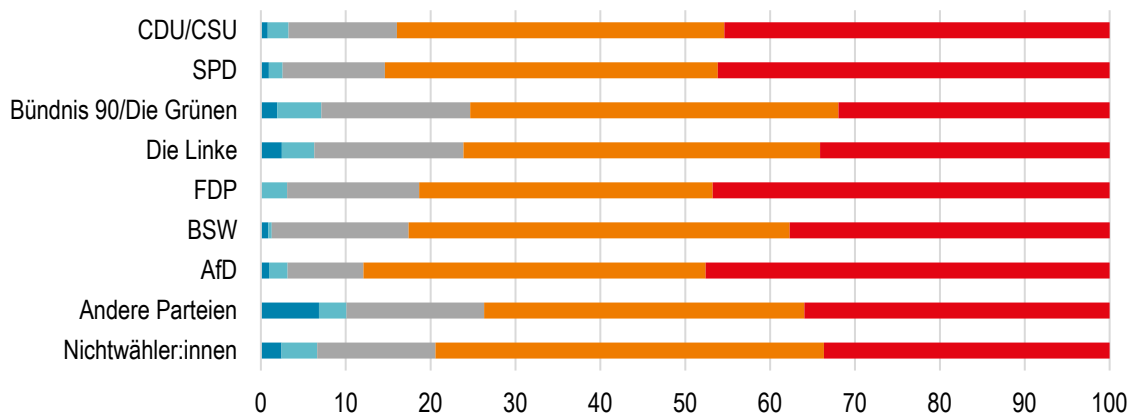
⁴ Zur besseren Vergleichbarkeit der beiden Erhebungen wurden Personen ausgeschlossen, die bei den Investitionswünschen keine Angabe gemacht haben. Dadurch ergeben sich bei den dargestellten Investitionswünschen für 2021 geringfügige Abweichungen gegenüber Behringer et al. (2021).

Abbildung 2: Investitionswünsche nach Parteipräferenz
Angaben in %

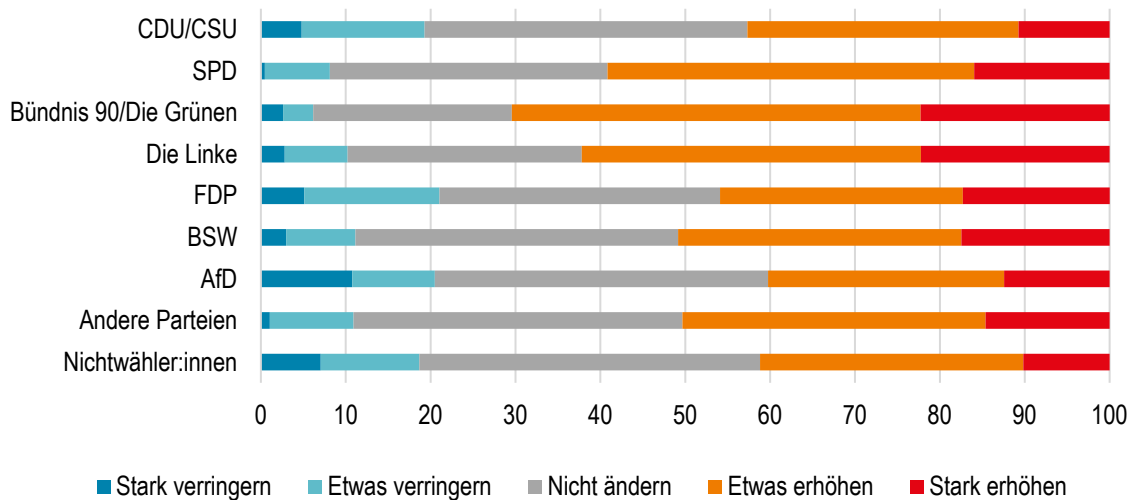
a) Bahnverbindungen und öffentlicher Nahverkehr



b) Straßen, Brücken und Autobahnen



c) Fußgänger- und Fahrradwege



■ Stark verringern ■ Etwas verringern ■ Nicht ändern ■ Etwas erhöhen ■ Stark erhöhen

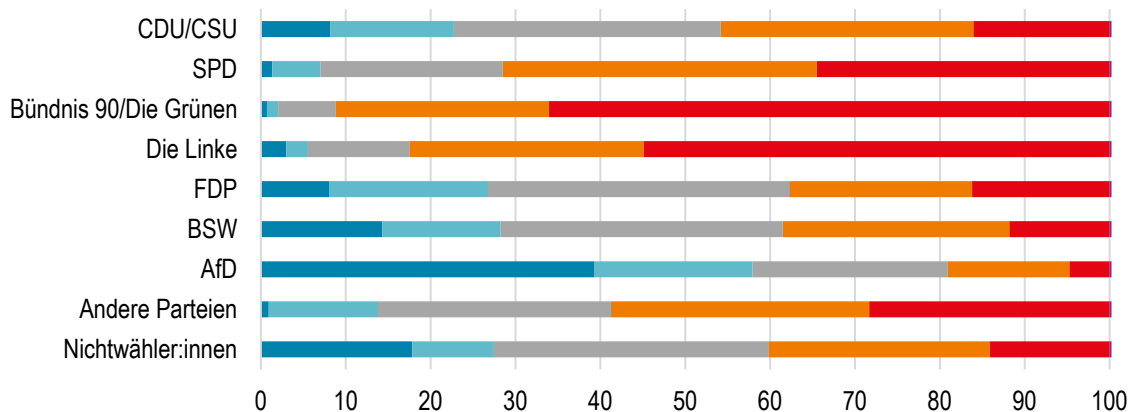
Quelle: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



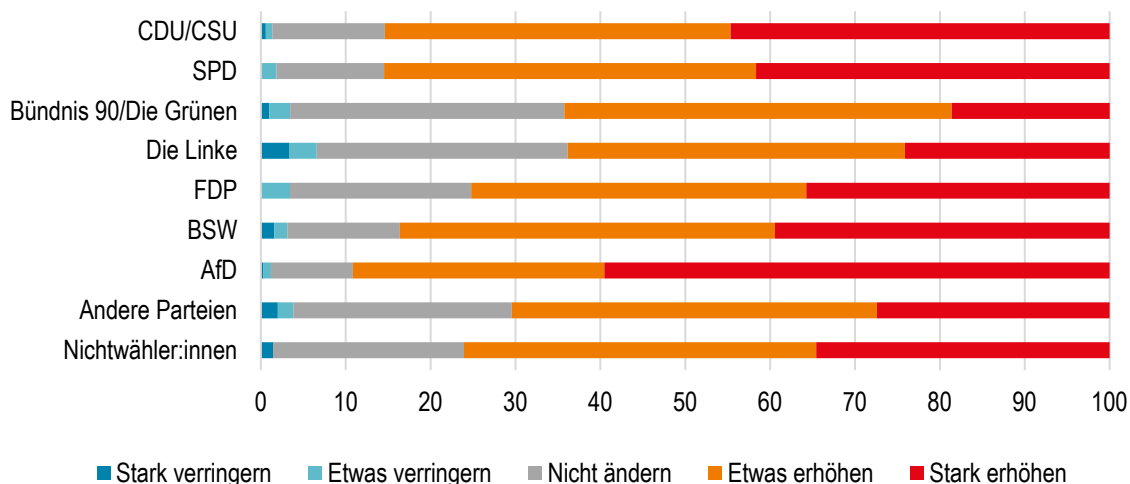
Abbildung 2: Investitionswünsche nach Parteipräferenz (Fortsetzung)

Angaben in %

d) Klima- und Umweltschutz



e) Öffentliche Sicherheit



Quelle: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Bei Bahnverbindungen und öffentlichem Nahverkehr wünschen sich vor allem die Anhänger:innen von Die Linke (86 Prozent), Bündnis 90/Die Grünen (85 Prozent) und SPD (84 Prozent) zusätzliche Investitionen, während unter den Anhänger:innen der AfD (69 Prozent) der Wunsch nach Mehrinvestitionen vergleichsweise seltener geäußert wurde. Bei Straßen, Brücken und Autobahnen verschieben sich die Präferenzen. Hier ist der Wunsch nach zusätzlichen Investitionen unter den Anhänger:innen der AfD (88 Prozent), aber auch unter jenen von SPD (85 Prozent) und CDU/CSU (84 Prozent) deutlich stärker ausgeprägt als unter den Anhänger:innen von Die Linke (76 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (75 Prozent).

Bei Fußgänger- und Fahrradwegen sind es vor allem die Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen (70 Prozent), die einen Ausbau wünschen. Unter den Anhänger:innen von FDP (46 Prozent), CDU/CSU (43 Prozent) und AfD (40 Prozent) äußerte hingegen etwas weniger als die Hälfte den Wunsch nach Mehrinvestitionen.

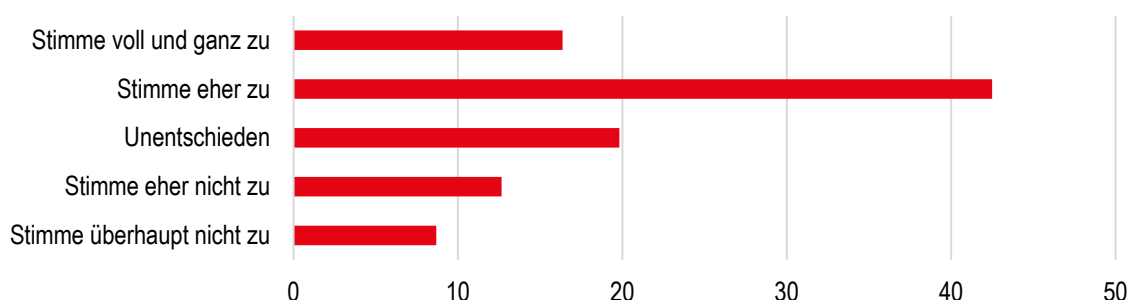
Besonders polarisiert sind die Einstellungen im Bereich Klima- und Umweltschutz. Unter den Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen (91 Prozent), Die Linke (82 Prozent) und auch SPD (72 Prozent) ist der Wunsch nach Mehrinvestitionen stark ausgeprägt. Die Anhänger:innen der AfD gaben hingegen sogar mehrheitlich an, dass der Staat seine Investitionen in diesem Bereich reduzieren sollte (58 Prozent).

Bei der öffentlichen Sicherheit wünschen sich jeweils große Mehrheiten der Anhänger:innen von AfD (89 Prozent), SPD (85 Prozent), CDU/CSU (85 Prozent) und FDP (75 Prozent) eine Ausweitung der Investitionen, während der Anteil unter den Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen (64 Prozent) und Die Linke (64 Prozent) deutlich geringer ausfällt.

Einstellungen zur Kreditfinanzierung

In unserer Umfrage wurden die Teilnehmenden auch gefragt, inwiefern der Staat die Möglichkeit haben sollte, Kredite aufzunehmen, um öffentliche Investitionen zu finanzieren. Die Antwort konnte dabei auf einer fünfstufigen Skala von „Stimme voll und ganz zu“ bis „Stimme überhaupt nicht zu“ ausgewählt werden. Damit lässt sich untersuchen, welche Einstellungen die Menschen in Deutschland grundsätzlich zur Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen haben.⁵

Abbildung 3: Einstellungen zu kreditfinanzierten Investitionen*
Angaben in %



* Inwiefern stimmen Sie der folgenden Aussage zu:
Der Staat sollte zur Finanzierung öffentlicher Investitionen zusätzliche Kredite aufnehmen dürfen.

Quelle: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.

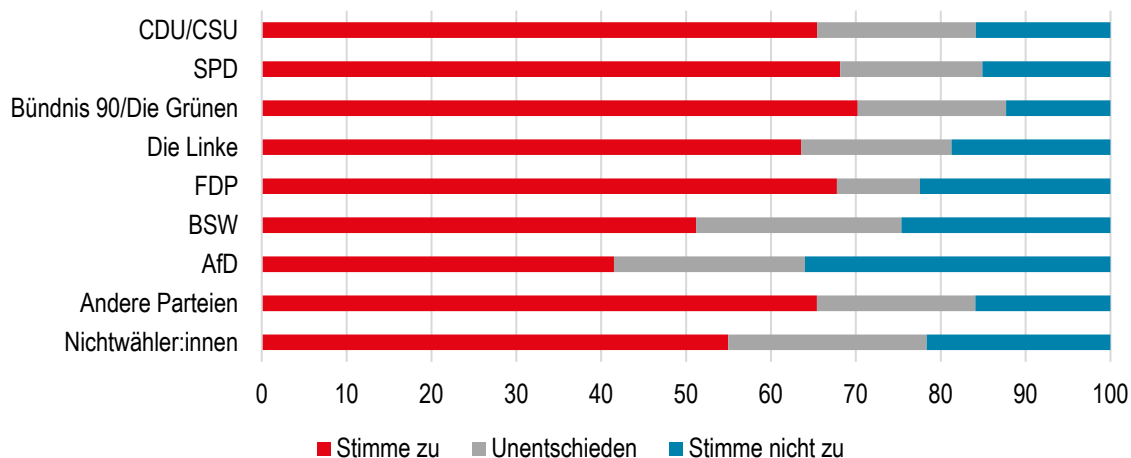


Die Ergebnisse zeigen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung einer Kreditaufnahme für öffentliche Investitionen grundsätzlich zustimmt (siehe Abbildung 3). Rund 59 Prozent der Befragten gaben an, sie stimmten (voll und ganz oder eher) zu, dass der Staat zur Finanzierung öffentlicher Investitionen Kredite aufnehmen dürfen sollte. Weitere rund 20 Prozent stehen einer Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen neutral gegenüber. Lediglich rund 21 Prozent antworteten, sie stimmten einer Kreditaufnahme (eher oder überhaupt) nicht zu.

⁵ Bei der Analyse der Einstellungen zu kreditfinanzierten Investitionen nach Parteipräferenz wurden die Antworten „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme eher zu“ zur Kategorie „Stimme zu“ aggregiert. Die Antworten „Stimme eher nicht zu“ und „Stimme überhaupt nicht zu“ wurden zur Antwort „Stimme nicht zu“ aggregiert.

Abbildung 4: Einstellungen zu kreditfinanzierten Investitionen* nach Parteipräferenz

Angaben in %



* Inwiefern stimmen Sie der folgenden Aussage zu:

Der Staat sollte zur Finanzierung öffentlicher Investitionen zusätzliche Kredite aufnehmen dürfen.

Quelle: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Die Einstellungen zur Kreditaufnahme für öffentliche Investitionen unterscheiden sich dabei kaum nach der Parteipräferenz der Befragten (siehe Abbildung 4). Unter den Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen (70 Prozent), SPD (68 Prozent), FDP (68 Prozent), CDU/CSU (65 Prozent) und Die Linke (64 Prozent) gaben jeweils rund zwei Drittel der Befragten ihre Zustimmung, dass der Staat zur Finanzierung von Investitionen Kredite aufnehmen dürfen sollte. Selbst unter den Anhänger:innen der AfD äußerten noch rund 42 Prozent ihre Zustimmung zur Kreditaufnahme, wenn damit Investitionen finanziert werden.

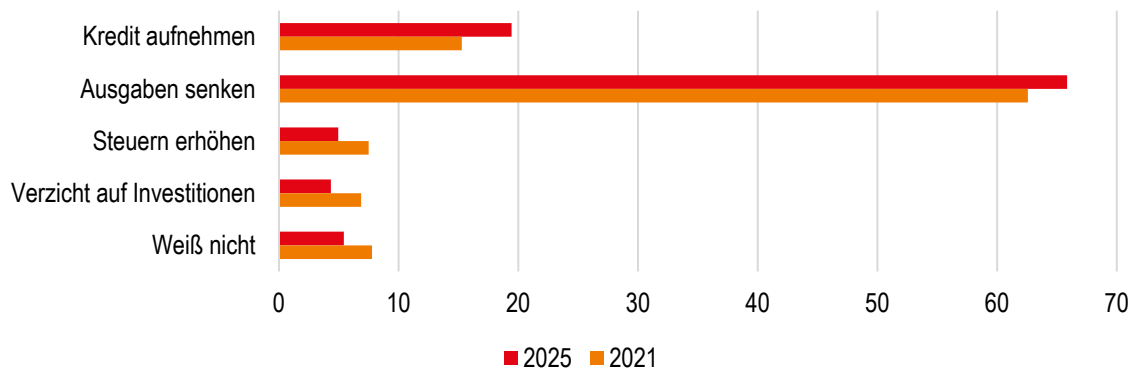
Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die Befragten nicht zwischen verschiedenen Finanzierungsoptionen von öffentlichen Investitionen wählen konnten. Somit lässt sich daraus auch keine Präferenz für eine Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen ableiten. Die Ergebnisse unterstreichen allerdings, dass Kredite als Finanzierungsform öffentlicher Investitionen in der Bevölkerung mehrheitlich akzeptiert werden.

Wünsche zur Investitionsfinanzierung

Auch wenn die Bevölkerung einer Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen grundsätzlich offen gegenübersteht, deuten die Umfrageergebnisse darauf hin, dass die Befragten zur Finanzierung zusätzlicher Investitionen auch (und in starkem Maße) Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten wünschen. Bereits 2021 hatten auf die Frage nach der primär gewünschten Finanzierungsoption für öffentliche Investitionen rund 63 Prozent der Befragten geantwortet, sie wünschten sich eine Kürzung von Ausgaben in anderen Bereichen (siehe Abbildung 5). Obwohl der Anteil der Befragten, die sich für eine Kreditaufnahme aussprachen, von rund 15 Prozent auf rund 19 Prozent gestiegen ist, kletterte auch der Anteil derjenigen, die sich andere Ausgabenkürzungen wünschten, auf nun 66 Prozent. Dabei ist allerdings zu beachten, dass hier nach der am stärksten gewünschten Finanzierungsoption gefragt wurde und die Befragten keine Kombination etwa aus

gewissen Ausgabenkürzungen und einer gewissen Erhöhung der Neuverschuldung angeben konnten.

Abbildung 5: Einstellungen zur Finanzierung öffentlicher Investitionen, 2025 und 2021
Angaben in %

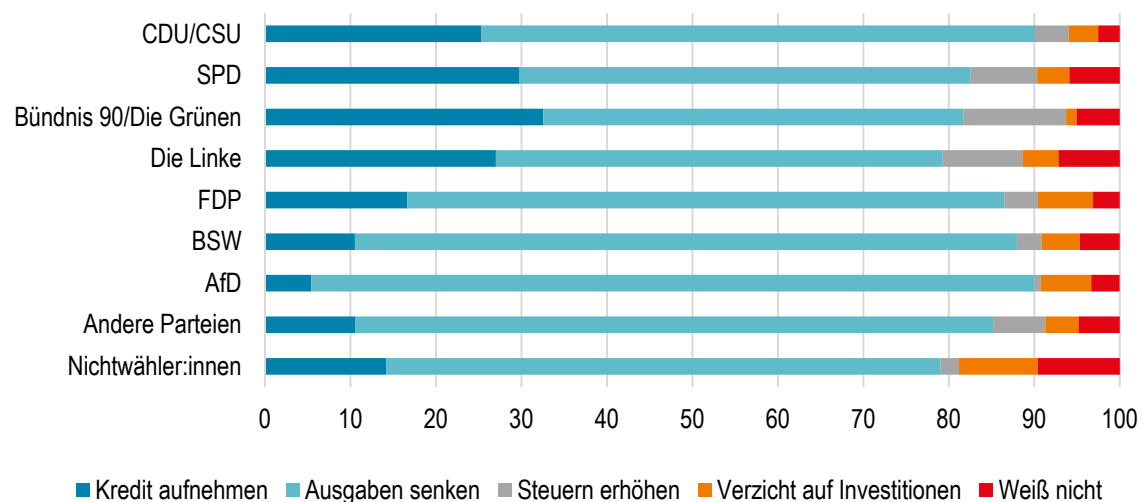


Quellen: Online-Befragung des IMK, Behringer et al. (2021), Berechnungen des IMK.



Insgesamt lassen sich die Ergebnisse dahingehend interpretieren, dass die Bevölkerung in Deutschland die Finanzierung öffentlicher Investitionen über Kredite in gewissem Umfang akzeptiert – wie es etwa durch das im Rahmen der Schuldenbremsenreform 2025 beschlossene Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität ermöglicht wird. Zugleich wird eine kritische Überprüfung bestehender Staatsausgaben gewünscht, sodass ineffiziente Ausgaben zugunsten öffentlicher Investitionen gekürzt werden. Dies ist konsistent mit den Ergebnissen von Behringer und Endres (2025), dass weite Teile der Bevölkerung in Deutschland die 2025 umgesetzte Reform der Schuldenbremse einschließlich der vergrößerten Kreditpielräume für Investitionen und Verteidigungsausgaben grundsätzlich unterstützen.

Abbildung 6: Einstellungen zur Finanzierung öffentlicher Investitionen nach Parteipräferenz
Angaben in %



Quelle: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Eine Auswertung nach Parteipräferenz zeigt, dass die Kürzung anderer staatlicher Ausgaben über alle Parteienhängerschaften hinweg die am häufigsten gewünschte Finanzierungsform von Mehrinvestitionen ist (siehe Abbildung 6). Insbesondere unter den Anhänger:innen von AfD (85 Prozent), FDP (70 Prozent) und CDU/CSU (65 Prozent) wurde diese Option jeweils von großen Mehrheiten genannt. Unter den Anhänger:innen von SPD (53 Prozent), Die Linke (52 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (49 Prozent) wurden Ausgabenkürzungen ebenfalls relativ häufig angegeben.

Die Aufnahme von Krediten zur Investitionsfinanzierung wurde vor allem von jenen Befragten als primär gewünschte Option genannt, die den Parteien Bündnis 90/Die Grünen (33 Prozent), SPD (30 Prozent) und Die Linke (27 Prozent) zugeneigt sind. Ebenfalls überdurchschnittlich häufig wurde diese Option unter den Anhänger:innen von CDU/CSU (25 Prozent) angegeben. Unter den Anhänger:innen von FDP (17 Prozent), BSW (11 Prozent) und AfD (5 Prozent) wurde diese Option hingegen deutlich seltener genannt.

Steuererhöhungen wurden von den Hängerschaften aller Parteien nur selten als primär gewünschte Finanzierungsform genannt. Relativ höhere Anteile finden sich lediglich unter den Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen (12 Prozent) und Die Linke (9 Prozent).

Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse unserer Umfrage verdeutlichen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung mehr Investitionen in allen zentralen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur wünscht. Seit 2021 hat der Wunsch nach zusätzlichen öffentlichen Investitionen in vielen Bereichen sogar zugenommen, insbesondere bei Straßen, Brücken und Autobahnen, öffentlicher Sicherheit sowie Bahnverbindungen und öffentlichem Nahverkehr. Dieser Befund passt zu Studienergebnissen, die eine Verschlechterung des Zustands der öffentlichen Infrastruktur in den vergangenen fünf Jahren nahelegen. Um die öffentliche Infrastruktur und Wirtschaft zukunftsfähig zu machen, sollten die verfügbaren Mittel aus dem kürzlich eingerichteten Sondervermögen deshalb konsequent für zusätzliche Investitionen eingesetzt werden. Dullien et al. (2024) schätzen den öffentlichen Investitionsbedarf – ohne den Gesundheitsbereich – auf mindestens 600 Mrd. Euro in Preisen von 2024. Da das Sondervermögen bis Mitte der 2030er Jahre ausgegeben werden soll und bis dahin mit weiter steigenden Preisen zu rechnen ist, dürfte das Sondervermögen selbst bei strikt investiver Verwendung bestenfalls rund zwei Drittel der Investitionslücke schließen. Daraus ergibt sich weiterer Anpassungsbedarf bei der aktuellen Schuldenregel, da sich durch Umschichtungen innerhalb der bestehenden Haushalte aufgrund begrenzter diskretionärer Spielräume nicht die notwendigen Mittel generieren lassen, um die verbleibende Finanzierungslücke zu decken. Unsere Ergebnisse legen nahe, dass eine Weiterentwicklung der Schuldenregel, die Raum zur Finanzierung öffentlicher Investitionen schafft, in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stoßen dürfte.

Literaturverzeichnis

- Baker, R. / Blumberg, S. J. / Brick, J. M. / Couper, M. P. / Courtright, M. / Dennis, J. M. / Dillman, D. / Frankel, M. R. / Garland, P. / Groves, R. M. / Kennedy, C. / Krosnick, J. / Lavrakas, P. J. / Lee, S. / Link, M. / Pekarski, L. / Rao, K. / Thomas, R. K. / Zahs, D. (2010): Research Synthesis. AAPOR Report on Online Panels. In: Public Opinion Quarterly, Jg. 74, H. 4, S. 711-781.
- Balzter, S. / Kremer, D. (2025): „Jeder in Deutschland wird gebraucht“. Interview mit Clemens Fuest. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 12.10.2025, S. 19.
- Bardt, H. / Dullien, S. / Hüther, M. / Rietzler, K. (2019): Für eine solide Finanzpolitik. Investitionen ermöglichen! IMK Report Nr. 152.
- Bauermann, T. / Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Paetz, C. / Rietzler, K. / Stein, U. / Stephan, S. / Tober, S. / Watzka, S. (2026): Deutschlands industriellen Kern modernisieren und Wohlstand steigern - vertane Chance, Lichtblicke und erforderliche Weichenstellungen. Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2026. IMK Report Nr. 199.
- BDI (2024): Standort D mit Investitionen stärken. Programm für Infrastruktur, Transformation und Resilienz erforderlich, Berlin.
- Behringer, J. / Dullien, S. / Paetz, C. (2021): Überwältigende Mehrheit der Deutschen will kräftige Investitionsausweitung. Ergebnisse einer repräsentativen Online-Befragung. IMK Policy Brief Nr. 112.
- Behringer, J. / Endres, L. (2025): Lockerung der Schuldenbremse 2025 findet deutlichen Rückhalt in der Bevölkerung. Erkenntnisse aus einer Online-Umfrage. IMK Policy Brief Nr. 205.
- Bundesministerium für Digitales und Verkehr (2024): Antwort vom 2.5.2024 auf die Frage Nr. 038/April der Bundestagsabgeordneten Dr. Sahra Wagenknecht, Berlin.
- Callegaro, M. / Villar, A. / Yeager, D. / Krosnick, J. A. (2014): A critical review of studies investigating the quality of data obtained with online panels based on probability and nonprobability samples. In: Callegaro, M. / Baker, R. / Bethlehem, J. / Göritz, A. S. / Krosnick, J. A. / Lavrakas, P. J. (Hrsg.): Online Panel Research: A Data Quality Perspective. UK: John Wiley & Sons, S. 23-53.
- Cornesse, C. / Blom, A. G. / Dutwin, D. / Krosnick, J. A. / Leeuw, E. D. de / Legleye, S. / Pasek, J. / Pennay, D. / Phillips, B. / Sakshaug, J. W. / Struminskaya, B. / Wenz, A. (2020): A Review of Conceptual Approaches and Empirical Evidence on Probability and Nonprobability Sample Survey Research. In: Journal of Survey Statistics and Methodology, Jg. 8, H. 1, S. 4-26.
- DB InfraGO AG (2024): InfraGO-Zustandsbericht Netz und Personenbahnhöfe 2023, Frankfurt am Main. <https://www.dbinfrago.com/resource/blob/12851844/6d8f1b4e177c28d5fd3a3ba53e5cc43b/InfraGO-Zustandsbericht-2023-data.pdf>, aufgerufen am 08.05.2024.
- Deutsche Bundesbank (2024): Zusatzschulden nicht auf Verteidigung und Infrastruktur fokussiert. In: Monatsbericht, August, S. 160-164.
- Dullien, S. / Gerards Iglesias, S. / Hüther, M. / Rietzler, K. (2024): Herausforderungen für die Schuldenbremse. Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation. IMK Policy Brief Nr. 168.
- Heilmann, F. / Gerresheim, N. / Henze, L. / Huwe, V. / Kölschbach Ortego, A. / Krahe, M. / Mölling, C. / Schulte, S. / Schulz, S. / Schuster, F. / Sigl-Glöckner, P. / Steinwart, J. / Steitz, J. (2024): Was kostet eine sichere, lebenswerte und nachhaltige Zukunft? Dezernat Zukunft, Berlin.
- Hentze, T. (2025): Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Ein Verschiebebahnhof mit vielen Gleisen. IW Kurzbericht Nr. 92, Köln.

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm>

ISSN 2365-2098



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
